

Die Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen 2002: Der verspätete Machtwechsel?

Torben Lütjen

Zäsur, Erdbeben oder gleich Erdbeben: Zu immer neuen Superlativen griffen die Kommentatoren in den Tagen nach den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen vom 2. Februar 2003. Und ganz unzweifelhaft handelte es sich jedenfalls zum Teil um Veränderungen singulären Ausmaßes. Niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik hatte es in westdeutschen Flächenstaaten dramatischere Einbrüche in der Wählergunst für eine Partei gegeben als bei diesen Wahlen, in denen die SPD Verluste historischen Ausmaßes zu verkraften hatte. Lediglich in den neuen Bundesländern waren bereits vorher ähnlich gravierende Veränderungen auf dem Wählermarkt zu beobachten gewesen. Im Westen der Republik jedoch, wo Parteien- und Wahlforscher noch immer von stabileren Wählerbindungen ausgehen, und besonders in Hessen und Niedersachsen, wo seit den 60er Jahren die politischen Lager meist dicht beieinander lagen, waren Umbrüche in diesen Größenordnungen bisher unbekannt. Wie aber ist dieses Wahlergebnis zu erklären?

Die Ausgangslage: Strategien und Spitzenkandidaten

In beiden Bundesländern war bereits sehr früh klar geworden, dass die Bundespolitik erheblichen Einfluss auf die Wahlentscheidung haben würde. Dies lag zum einen in der allgemeinen Tatsache begründet, dass die ersten Landtagswahlen nach einer Bundestagswahl als Stimmungstest für die amtierende Regierungskoalition auf Bundesebene gelten, vor allem die Kanzlerpartei dabei nicht selten erheblichen Gegenwind verspürt, da die 100-Tage Bilanzen der meisten Bundesregierungen in der Geschichte der Bundesrepublik nur höchst selten positiv eingeschätzt werden.¹ Außerdem wurde am 2. Februar darüber entschieden, ob die ohnehin bereits dominante Rolle der Union im Bundesrat noch weiter ausgebaut werden würde, womit der Zwang zur Kooperation zwischen den beiden großen Volksparteien noch zunehmen könnte. Im konkreten Fall gaben die Wähler in Hessen und Niedersachsen darüber hinaus auch ihr Votum bezüglich der Karriereambitionen der Ministerpräsidenten Roland Koch und Sigmar Gabriel ab, da beide bereits als potenzielle Kandidaten für die Nachfolge Gerhard Schröders galten. Dementsprechend stark war auch die Personenzentrierung des Wahlkampfes, zumindest zwischen den beiden großen Parteien.

Das negative Meinungsklima für die Bundesregierung bestimmte die strategische Ausrichtung aller Parteien bei diesen Landtagswahlen. Die *CDU* in Hessen und Niedersachsen kalkulierte die bundespolitische Bedeutung der Wahlen somit auch offensiv in ihre Wahlstrategie ein. Zu einer Denkmittelwahl riefen sowohl Roland Koch als auch Christian Wulff auf. Dabei geriet der Akzent der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner jedoch aufgrund verschiedener Rahmenbedingungen durchaus unterschiedlich. Der amtierende Ministerpräsident Roland Koch führte vor allem einen Wirtschaftsdatenwahlkampf und stellte die zumindest in Teilen bessere Leistungsbilanz Hessens in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik den Leistungen der Bundesregierung gegenüber. Da Kochs persönliche Sympathiewerte seit der Schwarzgeldaffäre der hessischen *CDU* noch immer auf einem Tiefstand verharrten, empfahl er sich den hessischen Wählern als pragmatischer Managertyp, der sich für den weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens einsetzte und der effizient den Lehrermangel in Hessen beseitigt habe.² Und tatsächlich spielte die Bildungspolitik im hessischen Wahlkampf eine relativ untergeordnete Rolle, was erstaunt, bedenkt man doch, dass dieses Issue eines der wenigen Themen ist, bei denen die Bundesländer faktisch über weitgehende Autonomie verfügen. In jedem Fall trat Koch wesentlich weniger doktrinär und ideologisch auf, als noch bei der Landtagswahl 1999, bei der er neben der Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft auch in Fragen der inneren Sicherheit die markante Abgrenzung zur Sozialdemokratie gesucht hatte.³ Da die *CDU* in Niedersachsen aus der Opposition heraus agierte, führte sie ihren Wahlkampf im Kern identisch, natürlich aber unter umgekehrten Vorzeichen. Es ging in diesem Fall um die Leistungsbilanz der niedersächsischen Landesregierung, die die höchste Arbeitslosigkeit unter allen westdeutschen Flächenländern zu verzeichnen hat. Auf der Ebene der Landespolitik wurde vor allem der eklatante Lehrermangel in Niedersachsen thematisiert. Christian Wulff versuchte dabei sein Image der Farblosigkeit positiv zu nutzen und knüpfte dabei psychologisch an jenes Konzept an, dass das Wahlkampfteam der *CDU* im Bundestagswahlkampf auch ihrem Kandidaten Edmund Stoiber zugeordnet hatte: Ein ernster Kandidat für ernste Zeiten.⁴

Die *SPD* in Hessen und Niedersachsen stand jeweils vor dem Dilemma, sich vom negativen Bundestrend der Mutterpartei abheben zu müssen. In Hessen wurde in dieser Beziehung ein eher zaghafter Kurs gesteuert. Neben vereinzelten Nadelstichen gegen die Bundesregierung setzte die Hessen-*SPD* in der Schlussphase des Wahlkampfes vor allem auf die Mobilisierung der eigenen Klientel, thematisierte einen drohenden Krieg im Irak und vertat damit eine Position, die konform mit der Linie der Bundesregierung ging. Die Ernennung von Gerhard Bökel zum Spitzenkandidaten war innerhalb des Landesverbandes höchst umstritten gewesen. Er galt weder als mitreißender Wahlkampfredner noch war er in der öffentlichen Wahrnehmung vor seiner Nominierung in einer anderen Funktion besonders in Erscheinung getreten. Zumindest galt er in den Augen der hessischen Wähler als glaubwürdiger und integerer im Vergleich zu Roland Koch. Da die Personalisierung mit Blick auf den hessischen Ministerpräsidenten ohnehin unabwendbar erschien, erfolgte somit eine Fokussierung auf die moralischen Qualitäten des Amtsinhabers, denen das von Affären noch unbefleckte Bild des etwas spröden Herausforderers gegenüber gestellt wurde.

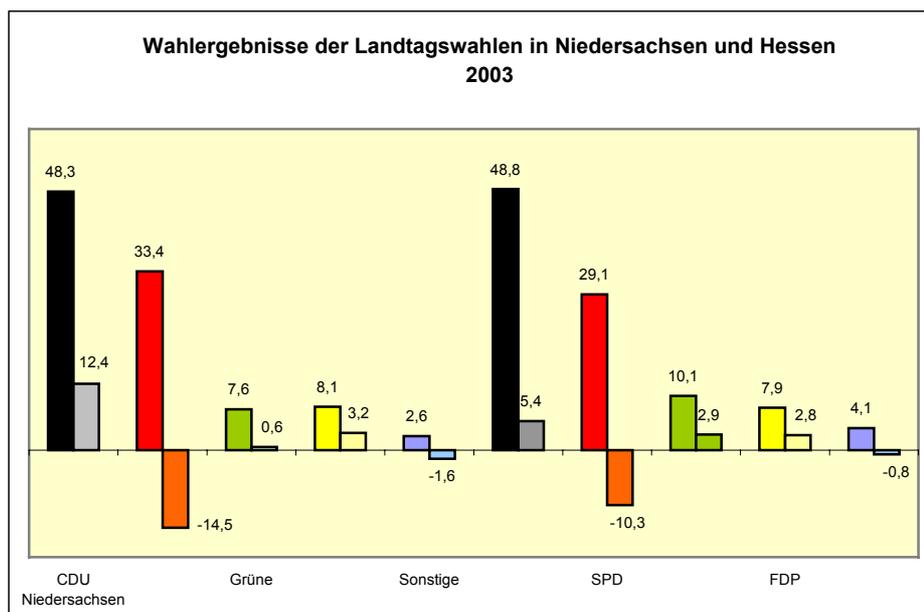
Die Abgrenzung vom Bundestrend verfolgte die niedersächsische *SPD* unter Sigmar Gabriel wesentlich konsequenter. Mit immer neuen Kontrapunkten zur Linie der Bundesregierung versuchte sich der bis dahin als umtriebiger und instinktsicher geltende Ministerpräsident vom Negativtrend der Kanzlerpartei abzukoppeln. Mit einem koketten Hang zur Überparteilichkeit desavouierte Gabriel nach und nach beinahe jedes

Konzept der Bundesregierung und brachte eigene Vorschläge, wie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, in die Diskussion.⁵

Die *Grünen*, die im Gegensatz zur SPD in allen Umfragen vor der Wahl stabil erschienen, profilierten sich in beiden Bundesländern noch am ehesten mit landespolitischen Themen, und setzten dabei vor allem auf die Umweltpolitik. So traten sie z.B. gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens oder die Vertiefung der Ems ein. Da sie in beiden Fällen aus der Opposition heraus agierten, erschien diese Konzentration auf das zentrale Kompetenzfeld der Partei auch sinnvoll.

Für die *FDP* hatten die Wahlen ebenfalls große bundespolitische Bedeutung. Schließlich wollten die Stimmen derer nicht verstummen, die die politische Zukunft des Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle mit dem Wahlausgang in Hessen und Niedersachsen zu verknüpfen versuchten. Der Wahlkampf in beiden Bundesländern war gleichsam ein Schritt zurück für die FDP. Die Partei führte nicht nur einen ausgesprochenen Lagerwahlkampf und warb mit einer Zweitstimmenkampagne um taktisch orientierte Unionswähler. Auch ihre beiden Spitzenkandidaten, Ruth Wagner und Walter Hirche, hoben sich bereits habituell vom Konzept der liberalen Spaßpartei erkennbar ab, galten z.T. auch wie im Fall der hessischen Spitzenkandidatin als ausgewiesene Gegner der „Strategie 18%“.⁶

Interpretationen aus dem Wahlergebnis



Am auffälligsten an den Wahlergebnissen in Hessen und Niedersachsen ist ohne Zweifel der katastrophale Absturz der SPD. In Hessen erreichte sie 29,1% (-10,3%), in Niedersachsen 33,4% (-14,5). Am meisten von diesem Absturz profitiert hat die CDU, die in Hessen auf 48,8 (+5,4%) und in Niedersachsen auf 48,3% (+12,4%) kam. Damit erreichte sie in Hessen die absolute Mehrheit, in Niedersachsen verfehlte sie diese nur knapp und wird dort zukünftig eine Koalition mit der FDP bilden. Aber auch die Libe-

ralen und die Grünen konnten, wenn auch jeweils in unterschiedlichen Größenordnungen, hinzugewinnen. Im Folgenden sollen die Schlussfolgerungen, die aus den Wahlergebnissen von Hessen und Niedersachsen zu ziehen sind, thesenartig zusammengefasst werden.

Die Strategie der SPD, die insbesondere in Niedersachsen einen Abgrenzungskurs gegenüber der Mutterpartei praktizierte, wurde vom Wähler ganz offensichtlich nicht honoriert. Besonders deutlich wurde dies am Beispiel Sigmar Gabriels. Während der niedersächsische Ministerpräsident zu Beginn des Jahres noch knapp vor Christian Wulff lag, war der Vorsprung des christdemokratischen Herausforderers am Ende eindeutig: 47% wünschten Wulff als Ministerpräsidenten, nur noch 38% hätten im Falle einer Direktwahl für Gabriel votiert.⁷ Die Abgrenzungsversuche Gabriels wurden vom Wähler offenkundig als wenig glaubwürdig empfunden. Die Sprunghaftigkeit, mit der mal dieses, mal jenes Thema immer wieder kurzfristig in den Mittelpunkt der Kampagne gerückt wurde, hat anscheinend den Wähler eher verwirrt als ihn von der Tatkraft des niedersächsischen Ministerpräsidenten zu überzeugen.

Selten war der Einfluss der Bundespolitik eindeutiger als bei diesen Wahlen. 41% der Wähler in Hessen und sogar 45% der niedersächsischen Wähler gaben an, ihre Wahlentscheidung primär von bundespolitischen Entwicklungen abhängig gemacht zu haben. Obwohl also die Landespolitik an einigen der allgemeinen strukturellen Probleme der Republik gar keinen Anteil hat, wurden die Wahlen in der Tat als Denkkzettelwahl für die rot-grüne Koalition genutzt. Die bereits seit längerem feststellbare Tendenz, dass Landtagswahlen zunehmend vom bundespolitischen Meinungsklima bestimmt werden, scheint sich also fortzusetzen.⁸ An einem Punkt jedoch fanden die Auseinandersetzungen auf Bundesebene keinen Niederschlag im Wahlergebnis: Obwohl der außenpolitische Kurs der Regierung Schröder zum drohenden Krieg im Irak in beiden Bundesländern mit großer Mehrheit mitgetragen wurde, war dieses Themas offensichtlich nicht in der Lage, einen nennenswerten Mobilisierungseffekt für die SPD zu erzielen.

Die Verluste für die SPD finden sich in allen Bevölkerungsgruppen. Besonders auffällig ist jedoch der Verlust an Stimmen aus dem Arbeiterlager, wo sie von der CDU in beiden Ländern als stärkste Partei abgelöst wurde. Hierzu passend sind auch in beiden Bundesländern kaum noch Hochburgen der Sozialdemokratie auszumachen. In Kassel beispielsweise, einer traditionellen SPD-Hochburg, entschieden sich nur noch gut ein Drittel der Wähler für die Sozialdemokraten. In Niedersachsen erreichte die SPD nur noch im Wahlkreis Emden über 50% der Stimmen, 91 von 100 Direktmandaten fielen hier an die CDU.

Hessen	CDU		SPD	
Arbeiter	50%	+15%	35%	-16%
Angestellte und Beamte	47%	+4%	29%	-10%
Selbständige	54%	-2%	18%	-1%
Arbeitslose	45%	+11%	32%	-10%
Niedersachsen	CDU		SPD	
Arbeiter	43%	+16%	44%	-17%
Angestellte und Beamte	48%	+13%	32%	-14%
Selbständige	56%	+6%	18%	-13%
Arbeitslose	45%	+20%	37%	-15%

Die Wahlergebnisse nach Berufsgruppen differenziert

Eine etwas weitergehende Interpretation des Wahlergebnisses scheint allerdings neben dem desaströsen Absturz der SPD eher Anzeichen für eine weiter zunehmende allgemeine Volatilität des Wählerverhaltens zu offenbaren. Obwohl gerade der Verlust in den sozialdemokratischen Hochburgen auch mit einer massiven Stimmenenthaltung korrespondierte, sind die Wählerwanderungen zwischen den Parteien insgesamt doch von einem überraschenden Ausmaß. Allerdings gaben nur 21% der Wähler in Niedersachsen und 22% der Wähler in Hessen an, dass sie die Union aus Gründen langfristiger Parteiloyalität wählten.⁹ Von den Voraussetzungen für eine auch nur mittelfristige Dominanz der CDU in diesen beiden Bundesländern kann also keine Rede sein. Bei der Bundestagswahl 2002 hatten noch über 47% der Niedersachsen Gerhard Schröder zum Wahlerfolg verholfen. Der Verlust der affektiven Parteibindungen setzt sich also ungebremst fort, was vom Ergebnis an sich wenig überraschend ist, in diesem Ausmaß jedoch durchaus als bemerkenswert eingestuft werden kann.

Die Wahlergebnisse vom 2. Februar bringen keine endgültige Klärung über den zukünftigen Kurs der FDP. Die Zugewinne für die FDP gingen in der Tat auf das Konto zahlreicher Wähler, deren eigentliche Präferenzen bei der Union lagen. Die unbedingte Koalitionsaussage an die CDU rückt in beiden Fällen eindeutig von der umstrittenen Eigenständigkeitsstrategie Westerwelles ab. Allerdings profitierte die FDP vor allem genau wie die Union von der weit verbreiteten Missstimmung gegenüber der rot-grünen Koalition. Die Anzahl an Stammwählern lag auch bei dieser Wahl deutlich unter der 5%-Hürde. Im Übrigen hätten die Konzepte der tabubrechenden liberalen Volkspartei mitsamt der dazugehörigen Lifestylekampagne, wie sie Westerwelle bei der letzten Bundestagswahl praktiziert hatte, kaum zu den Spitzenkandidaten der FDP in beiden Bundesländern gepasst.

Ausblick

Trotz der desaströsen Niederlage der Sozialdemokraten bei diesen Landtagswahlen und dem überwältigenden Sieg der CDU können die Interpretationen, welche politische Richtung die Wähler mit ihrem Votum nun vorgeben wollten, durchaus unterschiedlich ausfallen. Wenn auch der überwiegende Teil der Leitartikler nach der Wahl den Absturz der SPD als Aufforderung zu einem entschiedeneren Reformkurs interpretiert hat, so überzeugt diese Deutung der Ergebnisse vom 2. Februar doch nicht wirklich. Die erdrutschartigen Veränderungen in Hessen und Niedersachsen sind aller Wahrscheinlichkeit nach nicht darauf zurückzuführen, dass eine wirklich veränderungsbereite Mitte der Gesellschaft auf energische Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme, auf die Deregulierung des in der Tat verkrusteten Arbeitsmarktes setzt. Es waren vor allem die Stammwähler der SPD, die bei diesen Wahlen ihrer Partei die kalte Schulter zeigten. Auffällig jedenfalls bleibt, dass der Absturz in den Umfragen sich in eben jenem Augenblick beschleunigte, als die Regierung Schröder und insbesondere ihr Superminister Wolfgang Clement begannen, vorsichtige Reformsignale auszusenden. Tatsächlich wurde und wird die SPD noch immer wegen ihrer Kompetenz auf dem Gebiet der Sozialen Gerechtigkeit gewählt.¹⁰ Eben diesem Umstand verdankte sie auch ihren Wahlsieg bei der letzten Bundestagswahl, während die Sozialdemokraten in Hessen und Niedersachsen nun nicht einmal mehr auf diesem Feld einen Kompetenzvorsprung vor der CDU besaßen. Ganz gleich, in welchem Maße man auch die nicht immer sehr geschickte Außendarstellung der Regierungspolitik hierfür mitverantwortlich macht, so bleibt es letzten Endes wohl doch richtig, dass die SPD auch in Zukunft mit dem Mo-

dernisierungsversprechen weitgehender Deregulierung, wachsender Eigenverantwortung und dem Umbau der Sozialsysteme keine Wahlen gewinnen kann. Auffallend war auch, wie sich alle Parteien bei diesen Landtagswahlen explizit wie schon bei der letzten Bundestagswahl den Reformbegriff auf die Fahnen schrieben. Dabei ist dieser Begriff längst zu einem ebenso beliebten wie beliebigen Passepartout geworden. Was die bundesdeutsche Gesellschaft als Ganzes aber hierunter versteht, lässt sich so einfach nicht sagen. Es kann jedoch vermutet werden, dass ganz verschiedene Deutungen unter den weiten Mantel des Reformbegriffes passen.

Sicherlich dürfte das Wahlergebnis vom 2. Februar das Regieren für den Bundeskanzler nicht leichter machen. Der Zwang zur Kooperation mit der christdemokratischen Opposition hat noch zugenommen. Doch zu einem völligen Politikstillstand muss das keineswegs führen. Weder zum Ende der 70er Jahre unter Helmut Schmidt noch zu Beginn der 90er Jahre unter Helmut Kohl musste ein verstärktes Arrangement zwischen den Volksparteien in jeden Fall von Nachteil sein. In der Verhandlungsdemokratie bundesrepublikanischer Prägung ist ohnehin die Realität der Politik immer und überall der Kompromiss.

Schließlich muss auch für Gerhard Schröder persönlich die Wahniederlage vom 2. Februar nicht zwangsläufig den Erhalt seiner Macht gefährden. Dass der fortschreitende Machtverlust einer Kanzlerpartei in den Bundesländern langfristig gerade zu einer Stärkung der eigenen Position führen kann, ließe sich am Beispiel der langjährigen Kanzlerschaft Helmut Kohls durchaus überzeugend zeigen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu Franz Walter/Tobias Dürr, *Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie den Politik in Deutschland den Boden verlor*, Berlin 2000.
- 2 Vgl. Detlef Esslinger, „Die süße Last des Polarisierers“, *Süddeutsche Zeitung*, 03.02.2003.
- 3 Vgl. Rüdiger Schmitt-Beck, *Die hessische Landtagswahl vom 7. Februar 1999: Der Wechsel nach dem Wechsel*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1/2000, S. 3-17.
- 4 Vgl. Reymar Klüver, „Der diskrete Charme der Seriosität“, *Süddeutsche Zeitung* vom 03.02.2003.
- 5 Vgl. Matthias Krupa, „Der Kronprinz im Würgegriff“, *Die ZEIT*, 30.01.2003
- 6 Vgl. Philipp Jaklin, „Rot-grünes Umfragetief schreckt Liberale auf“, *Financial Times Deutschland*, 28.01.2003.
- 7 Vgl. hierzu und zu allen folgenden herangezogenen Zahlen die Wahlauswertung der Forschungsgruppe Wahlen, <http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/0,1872,2027954,00.html>
- 8 Vgl. Frank Decker/Julia von Blumenthal, *Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1/2002, S. 144-165.
- 9 Da die Forschungsgruppe Wahlen hierzu keine Daten lieferte, sind diese Zahlen der Wahlauswertung von Infratest-Dimap entnommen, Vgl. *Wahlanalyse zu den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 2. Februar 2003. Denkmittelwahlen in Hessen und Niedersachsen*, http://www.infratest-dimap.de/wahlen/niedersachsen03/Analyse_LTW_He_Nisa.pdf
- 10 Vgl. hierzu auch: Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke/Ulrich Eith/Ingo Geisel, „Niemand zieht für die Hartz-Kommission in den Wahlkampf“, *Frankfurter Rundschau*, 07.02.2003.